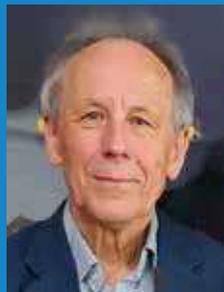


Bildungspolitik



Peter Ehrich



Dieter Zielinski

**Eine wichtige Fachtagung
in Dachau mit Ausstrahlung
in Bayern**

Seite 5

**Das Gespräch mit
Simone Oldenburg
(Vorsitzende der BMK)
– ein Anfang**

Seite 7

**Befragung zum neuen
GGG-Grundsatzpapier
– alle Mitglieder können
sich beteiligen**

Seite 8

**Leider nicht befriedigend
– die Bildungsziele der
neuen Bundesregierung**

Seite 9

Eine neue Lernkultur für Bayern

Fachtagung Gemeinsam in Vielfalt lernen

Peter Ehrlich

Unter der Forderung: „Wir brauchen eine Schule, in der eine andere Lernkultur herrscht, die individuelles Lernen fördert und auf die Gemeinschaft ausgerichtet ist“, versammelte sich das von der GGG unterstützte Bündnis Gemeinschaftsschule Bayern am 15. Februar 2025 in der Montessori-Schule Dachau. In der Aula des Schulgebäudes trafen sich Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik, Elternschaft und Schüler*innenvertretungen, um in Vorträgen, Podiumsdiskussionen und offenen Gesprächen über die pädagogischen, gesellschaftlichen und politischen Aspekte der Gemeinschaftsschule zu debattieren.

Hans Wocken: Gelingens- und Scheitersbedingungen der Gemeinschaftsschule

Der renommierte Bildungswissenschaftler Hans Wocken stellte in seinem Vortrag zentrale Erfolgs- und Misserfolgskriterien für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Bayern vor. Wocken, bekannt für sein Engagement für Kinder mit Behinderung, präsentierte drei zentrale Quoten zur Messung gelingender Inklusion: die Förderquote (Schüler*innen mit ausgewiesenem sonderpädagogischem Förderbedarf), die Separationsquote (Schüler*innen, die nicht an allgemeinen Schulen unterrichtet werden) und die Inklusionsquote (Schüler*innen mit Förderbedarf an allgemeinen Schulen).

Die aktuellen Zahlen auf Bundesebene/bayerischer Ebene aus 2023 zeigen eine stagnierende Förderquote von 7,6 / 6,6 % und eine Exklusionsquote von 4,2 / 4,5 %, während die Inklusionsquote nur 3,4 / 2,1 % beträgt¹. Wocken spricht von „Pseudoinklusion“ – eine Entwicklung, bei der Schulen durch Diagnostik neue Förderbedarfe schaffen, ohne bestehende Förderschüler*innen in allgemeine Schulen zu integrieren. Die Ursa-

chen sieht er in einer selektiven Haltung vieler Schulen, die sich ihre „Inklusionskinder“ gezielt aussuchen. „Inklusion heißt nicht wählen, sondern annehmen“, so Wocken.

Ein weiteres Problem identifiziert er in der ausschließlichen „Input-Orientierung“ Bayerns: Statt die Separationsquote – für Wocken der tatsächliche Output bildungspolitischer Maßnahmen – zu senken, konzentrierte sich das Land auf die Bereitstellung von Fortbildungen, Finanzmitteln und Zertifikaten – für Wocken der Input an bildungspolitischen Maßnahmen ins Bildungssystem –, ohne tatsächliche strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Hinzu komme der politische Widerstand gegen die Gemeinschaftsschule, den er als „Bestandsschutz“ für das gegliederte Schulsystem bezeichnet. Er verweist auf das Festhalten an selektiven Instrumenten – „Folterinstrumenten“ – wie dem „Grundschulabitur“ und der Lernzielgleichheit, die eine individuelle Förderung erschweren. Erst ein ehrliches Bekenntnis zu Inklusion und Gemeinschaftsschule sowie konkrete landesweite Reformbestrebungen, die die „Folterinstrumente des selektiven Schulsystems“ abschaffen, könnten das bestehende System ins Wanken bringen und eine echte Transformation zur Gemeinschaftsschule ermöglichen.

Erste Podiumsdiskussion: Mut zur Veränderung

In einer ersten Podiumsdiskussion diskutierten Stefan Ruppner (Alemannenschule Wutöschingen), Prof. Dr. Zentel (LMU München), Dr. Michael Kirch (LMU München) und Dr. Antonia Green (Familientreffen Inklusion). Kirch formulierte eine provokante These: „Deutschland hat kein Transformationsproblem, sondern ein Erkenntnisproblem.“ Es fehle die Akzeptanz für notwendige Änderungen und der Mut, bestehende Strukturen aufzubrechen. Ruppner appellierte an Schulleitungen, bestehende Gesetze zu ignorieren und aktiv neue Bildungswege zu erproben.



Podiumsdiskussion 2

Foto: Bündnis
Gemeinschaftsschule Bayern

Kirch unterstrich die negativen Folgen des selektiven Systems, das durch frühzeitige Leistungstests und Ausleseverfahren Kinder demotiviere. Studien belegten, dass das Selektionssystem keine positiven Effekte auf Lernerfolge hat. Wocken betonte die gesellschaftliche Dimension: Gemeinschaftsschulen fördern das „Miteinander-Können“ – eine Schlüsselqualifikation in einer zunehmend diversen Gesellschaft.

Emotionale Appelle der Schüler*innen

Vor der Mittagspause kamen dann noch zwei junge Menschen zu Wort: Amelie, eine Schülerin, die eine Petition gegen unangekündigte Tests (Exen) und Abfragen gestartet hat, und Tim Wiegelmann, ein erwachsener Schüler mit körperlicher Behinderung. Amelie kritisierte die sture Haltung der Landesregierung gegen Reformen, während Tim in einer bewegenden Rede betonte, dass Inklusion nicht die Abwesenheit von Barrieren, sondern die Präsenz von Verbindungen sei. Er beklagte, in der Sonderschule von diesen Verbindungen abgeschnitten gewesen zu sein, und appellierte an eine humane Schule, die den Menschen und nicht das Fach in den Mittelpunkt stellt.

Zweite Podiumsdiskussion: Die politische Dimension

In einer politischen Diskussionsrunde debattierten am Nachmittag Vertreter*innen aus Politik, Gewerkschaften und Bildungsverbänden über die strukturellen Hürden für die Gemeinschaftsschule. Der Landeschüler*innenrat kritisierte, dass junge Menschen oft allein gelassen würden, während Politiker*innen „für ihre Arbeit bezahlt würden, aber keine Lösungen liefer-

ten“. Stefan Ruppner zeigte sich aus seiner Erfahrung als Kreisrat heraus resigniert: „Die hören nicht mal zu.“ Verantwortlichkeiten würden zwischen Ministerien hin- und hergeschoben, so dass keine Fortschritte erzielt würden.

Der Behindertenbeauftragte Holger Kiesel beklagte, dass Modellschulen, die Inklusion erproben, von der Politik ausgebremst würden – offenbar aus Angst, dass sich der Erfolg nicht länger ignorieren ließe. Die GEW-Vorsitzende Martina Bogendale forderte pragmatische Schritte, etwa durch die Abschaffung unangekündigter Tests. Nicole Gohlke (MdB, Die Linke) sprach sich für einen bundesweiten Bildungspakt aus, um Gesamtschulen finanziell und strukturell zu fördern. Ruppner hingegen hielt dagegen: „Mehr Geld in Bildung ist Bullshit. Was es braucht, ist mehr Haltung und mehr Herz.“

Fazit: Ein System im Stillstand

Die Tagung verdeutlichte, dass die Gemeinschaftsschule in Bayern weiterhin auf große Widerstände trifft. Trotz wissenschaftlicher Evidenz und persönlicher Schicksale bleibt das Bildungssystem rigide. Zwei Hauptforderungen ergaben sich aus der Diskussion: Erstens muss der Bestandsschutz für Förderschulen fallen, und zweitens müssen die selektiven Strukturen des gegliederten Schulsystems aufgebrochen werden. Nur so kann sich das bayerische Schulsystem von einer Kultur der Separation zu einer Kultur der echten Inklusion wandeln.

Quelle:

1) https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/PicturePark/2024-06/Factsheet_Inklusion_an_Deutschlands_Schulen_2022-2023.pdf

Gespräch mit der Präsidentin der BMK Simone Oldenburg

Dieter Zielinski

Am 23.04.2025 trafen sich Vertreter:innen der GGG im Rahmen einer Videokonferenz mit der Präsidentin der Bildungsministerkonferenz (BMK) Simone Oldenburg.

Zu Beginn des Gesprächs führte Frau Langenbeck-Schwich in den ersten von der GGG angeregten Themenschwerpunkt Bildungsgerechtigkeit ein. Sie fragte Frau Oldenburg nach ihren Vorstellungen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des deutschen Schulsystems und dem Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Frau Oldenburg erwiderte, dass sie das auf 10 Jahre angelegte Startchancen-Programm dazu für sehr gelungen und geeignet halte. Was zusätzlich erforderlich sei, ist ein Startchancen-Programm für Kitas. Insbesondere müsse darauf geachtet werden, Übergänge besser zu gestalten. Jeder Übergang sei ein Bruch. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit setze Informationen voraus. Frau Oldenburg unterstrich weiter, dass sie viel von flexiblen Eingangs- und Ausgangsphasen halte. Wenn es sein müsse, sei bei großen Defiziten auch eine 0. Klasse vor der Einschulung hilfreich. Förderung bedeute für sie immer auch Forderung. Gebraucht werden ein Frühwarnsystem und auch verbindliche Elterngespräche. Es gehe nur mit den Eltern.

Auf die Frage, was die BMK denn zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen könne, antwortete Frau Oldenburg: Hilfreich sei auf dieser Ebene voneinander, von guten und erfolgreichen Beispielen zu lernen. Alle hätten da etwas zu bieten. So habe ihr Bundesland zum Beispiel von Hamburg das Leseband übernommen, das Saarland nehme sich von Mecklenburg-Vorpommern das neue Konzept zur Beruflichen Orientierung zum Vorbild.

Für Frau Oldenburg ist wichtig, dass jedes Bildungssystem durchlässig sein müsse. Alle Wege müssten zum Abschluss führen, auch zum höchsten. Vorhandene Hemmnisse müssten abgebaut



Simone Oldenburg, Präsidentin der Bildungsministerkonferenz

Foto: Anne Karsten

werden. In diesem Zusammenhang sei auch längeres gemeinsames Lernen wichtig.

Anschließend führte Rainer Dahlhaus in den zweiten von der GGG angeregten Themenblock ein. Er wies darauf hin, dass der Bund im Rahmen verschiedener Projekte in Bildung finanziere und die Verteilung bedarfsorientiert erfolgen müsse.

Zunächst einmal erwiderte Frau Oldenburg, dass auch nach Antritt der neuen Bundesregierung viele Fragen zur genauen Verteilung der Gelder noch geklärt werden müssten. Nach dem Koalitionsvertrag sei die Einrichtung einer Kommission von Bund und Ländern beabsichtigt, in der auch über Finanzbedarfe gesprochen werden sollte. Grundsätzlich halte sie die Mittelverteilung auf die Länder nach dem Königsteiner Schlüssel für ein geeignetes Instrument. Die Verteilung der Mittel aus dem Startchancen-Programm habe gezeigt, dass es unter bestimmten Umständen sinnvoll sein kann, davon abzuweichen und eine sozialindexbasierte Verteilung vorzunehmen.

Dieter Zielinski mahnte mit Hinweis auf die offensichtlichen Probleme des deutschen Bildungs-

systems die Beteiligung der Zivilgesellschaft in Form eines Bildungsdialoges/Bildungsgipfels an. Frau Oldenburg entgegnete, dass sich die Idee nach der Veranstaltung von Frau Stark-Watzinger in der letzten Legislaturperiode nicht mehr umsetzen lasse. Die Erinnerungen, die wach würden, seien keine guten Voraussetzungen für eine konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Die BMK sei stattdessen mit Stiftungen, dem Bürgerrat Bildung, Eltern- und Schüler:innenvertretungen, Verbänden etc. in intensivem Austausch.

Abschließend problematisierte Frau Langenbeck-Schwich noch die bisher mangelhafte

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bezug auf ein inklusives Schulsystem. Dafür sei die Bundesrepublik im Rahmen einer Staatenprüfung heftig kritisiert worden.

Wichtig in dieser Hinsicht ist für Frau Oldenburg eine evidenzbasierte Unterrichtsentwicklung. Allerdings mache der aktuelle Lehrkräftemangel viele Weiterentwicklungen schwerer. Der Umgang mit Heterogenität auf Seiten der Schüler:innen sei nur mit einer gewissen Heterogenität auf Seiten des Personals möglich.

Zum Schluss bedankte sich Frau Oldenburg ausdrücklich für das Gespräch.

Aufruf zur Beteiligung an der Mitgliederanhörung

Dieter Zielinski

Der Hauptausschuss der GGG hat in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgruppe Politik ein Positionspapier zur Weiterentwicklung der Schulen des gemeinsamen Lernens vorgelegt. Seit Mitte Mai wird darüber eine Mitgliederanhörung durchgeführt.

Ziel der GGG ist, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame Schule für alle – eine Schule der Inklusion – bis zum Ende ihrer allgemeinen Schulpflicht besuchen. Damit verbunden ist eine Überwindung des tradierten gegliederten Schulsystems in Deutschland. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist bis dahin noch ein weiter Weg zurückzulegen. Von Zeit zu Zeit ist ein Innehalten, ein sich Besinnen auf das Erreichte und ein Nachdenken über die nächsten Schritte angebracht.

Diesbezüglich hat sich der Hauptausschuss der GGG im Herbst 2024 und im Frühjahr 2025 mit Überlegungen zur Frage der Weiterentwicklung der Schulen des gemeinsamen Lernens beschäf-

tigt. Im Zusammenwirken mit der Bundesarbeitsgruppe Politik der GGG ist aus diesen Überlegungen der Entwurf eines Positionspapieres entstanden. Darin geht es u.a. um Positionen zur Weiterentwicklung der Schulstruktur und zur Schul- sowie Unterrichtsentwicklung und Pädagogik. **Ziel ist es, dieses Papier am Sonnabend, dem 27.09.2025, im Rahmen einer Mitgliederversammlung vorzustellen, zu diskutieren und zu verabschieden.**

Damit alle GGG-Mitglieder sich schon vor dieser Versammlung mit in den Diskussionsprozess einbringen können, hat der Bundesvorstand im Mai dieses Jahres eine Mitgliederanhörung zum Entwurf des Positionspapiers gestartet. Mitglieder, von denen eine E-Mail-Adresse vorliegt, wurden über diese Adresse informiert, die übrigen Mitglieder per Briefpost. Die eingehenden Rückmeldungen werden von der Bundesarbeitsgruppe Politik gesichtet, bewertet und bei der Abfassung einer endgültigen Vorlage für die Mitgliederversammlung berücksichtigt.

Die Anhörung endet am 30. Juni dieses Jahres. Noch ist also Zeit, sich zu beteiligen.

Dortmund, den 12.04.2025

Presseinformation zum Bildungskapitel im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

Zu wenig ambitioniert, vage und damit nicht ausreichend!

„**Wir fördern Bildungsgerechtigkeit, Leistungsfähigkeit und Inklusion**“ ist die selbst gesteckte Messlatte zu Beginn des Kapitels Bildung, Forschung und Innovation. Die Erwartung eines ambitionierten, in die Zukunft weisenden Programms wird auf den folgenden Seiten jedoch nicht erfüllt.

Unter Achtung der jeweiligen Zuständigkeiten wollen die künftigen Koalitionspartner gemeinsam mit den Ländern für die nächste Dekade u.a. relevante und messbare Bildungsziele vereinbaren. Vor dem Hintergrund der dramatischen Krise, in der sich unser Bildungssystem befindet, wäre stattdessen zunächst ein gesamtgesellschaftlicher Bildungsdialo g erforderlich, den die Ampelkoalition in Form eines Bildungsgipfels in Aussicht gestellt und dann nur stümperhaft realisiert hatte.

Die Formulierungen im Koalitionsvertrag erwecken den Eindruck, dass in den Verhandlungen für diesen Bereich die Vertreter:innen der Länder großen Einfluss hatten. Zu erwarten gewesen wäre stattdessen eine Initiative zu mehr Verantwortung des Bundes z.B. in Hinsicht darauf, das bestehende Kooperationsverbot im Bildungsbe reich zu einem Kooperationsgebot weiterzuentwickeln. Auch die erforderliche sozia lindexbasierte Verteilung von Bundesmitteln auf die Länder wird nicht angegangen.

Völlig unbeantwortet bleibt wie der Ausbau von Inklusion gefördert werden soll, der ja als herausragendes Ziel vorangestellt wird. Wer den Anspruch hat, Bildungsge gerechtigkeit zu fördern, muss die Zielperspektive eines inklusiven Bildungssystems und damit dessen grundlegende strukturelle Veränderung im Visier haben.

Dass aus dem Sondervermögen Infrastruktur auch Mittel für den Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden ist Konsens, zu begrüßen und zwingend erforderlich. Offen bleibt allerdings in welcher Höhe dies geschehen soll. Vor dem Hintergrund der bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages immer wieder geäußerten Finanzierungs vorbehaltes ist zu befürchten, dass davon auch der Bildungsbereich betroffen sein könnte. Das geäußerte Bekenntnis, dass Bildung, Forschung und Innovationen Schlüs sel für die Zukunft unseres Landes sind, macht deutlich, dass in diesen Bereichen nicht gespart werden darf.

Zu den Positiva des Vertrages gehören u.a. der beabsichtigte Ausbau des Startchancenprogramms, die Fortsetzung und qualitative Weiterentwicklung des Digi talpaktes, die allerdings nicht hinreichende Absicht, die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen zu verbessern, Demokratie- und Medienbildung in den Fokus zu nehmen sowie für einen erfolgreicherem Übergang von jungen Menschen in den beruflichen Bereich sorgen zu wollen.

„**Entscheidend werden für uns die Ergebnisse künftigen Regierungshandelns sein**“, so der Vorsitzende der GGG Dieter Zielinski. „**Wir werden die Bundesregierung daran messen.**“